



Überparteiliche Fraueninitiative Berlin e.V.

Kurzbericht der Veranstaltung

Frauen leben länger, aber wovon? Ein Ländervergleich

am 13. Oktober 2023 in Kooperation mit dem Harriet Taylor Mill-Institut der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

Diese Veranstaltung war die vierte des Zyklus „Wann kommt die geschlechtergerechte Soziale Marktwirtschaft?“ und bildete gleichzeitig deren Abschluss. Sie thematisierte die systematisch ungleiche Ressourcenverteilung von Frauen und Männern im Alter in Deutschland, gab einen Überblick über den Gender Pension Gap in Deutschland – verglichen mit dem anderer OECD-Länder – und beleuchtete die aktuelle Entwicklung in Deutschland. Ziel der Diskussion sollte sein aufzuzeigen, welche Maßnahmen erforderlich wären, um zu einer geschlechtergerechten Alterssicherung von Frauen in Deutschland zu kommen. Die Moderation der Veranstaltung übernahm **Helga Hentschel** von der Überparteilichen Fraueninitiative.

Nach den Begrüßungen durch den Präsidenten der Hochschule für Wirtschaft und Recht, **Herrn Prof. Dr. Andreas Zaby**, und **Frau Eva-M. Nicolai** für den Vorstand der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin e.V., führte **Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ em. Friederike Maier**, Mitinitiatorin und langjährige Direktorin des Harriet Taylor Mill-Instituts, in das Thema ein. Sie führte aus, aus welchen Bestandteilen die Alterssicherung bestehen kann und worin grundsätzlich die Ursachen für den Gender Pension Gap zu suchen sind. **(alle Folien der Vorträge der Referentinnen sind diesem Bericht beigelegt)**

Frau Dr.ⁱⁿ Monika Queisser, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik bei der OECD in Paris, stellte dar, wie die Situation von Rentnerinnen in Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Ländern aussieht, warum die Situation für Frauen in Deutschland besonders schlecht ist und mit welchen Maßnahmen andere Länder versuchen, den Gender Pension Gap zu reduzieren.

Frau Dr.ⁱⁿ Dina Frommert, Leiterin der Abteilung Forschung und Entwicklung bei der Deutschen Rentenversicherung, untersuchte die aktuellen Zahlen und Entwicklungen in Deutschland und arbeitete die weiterhin bestehenden Unterschiede zwischen den West- und Ostrenten für Frauen heraus.

Nach der Pause fand eine Diskussionsrunde mit der **Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Lisa Paus**, und den Referentinnen unter Einbeziehung der

Teilnehmer:innen statt. Die Bundesministerin beantwortete zunächst die an sie gerichtete Frage, wie sie die aktuelle Situation einschätze und welche Möglichkeiten sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten sähe, die Lücke zwischen den Altersrenten von Frauen und Männern zu verkleinern.

Die Bundesministerin verwies auf die aktuelle Situation: Einerseits hätten wir eine Rezession, andererseits aber einen akuten Fachkräftemangel. Es gäbe ein „Reservoir“ an gut ausgebildeten Frauen, aber die Rahmenbedingungen, dass diese Frauen erwerbstätig werden können, seien nicht gut. Sie betonte das **komplizierte Bedingungsgefüge von Rahmenbedingungen der Erwerbstätigkeit** von Frauen einerseits und die rechtlichen Regelungen in den drei Säulen der Altersversorgung: gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche Altersversorgung und private Vorsorge andererseits.

Einer der zentralen Gründe für den Gender Pension Gap von fast 50 % seien die unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Frauen und Männern. Schon die Prioritäten der Wahl des **Ausbildungsberufs** durch Mädchen und Jungen hätten Auswirkungen auf die späteren Verdienstmöglichkeiten. Vor allem aber die ungleiche Verteilung von Care Arbeit und der höhere Anteil von Teilzeitbeschäftigung von Frauen. Insofern seien Kinder ein großes Armutsrisiko. Eine Verbesserung würde von einer höheren **Kontinuität in der Erwerbstätigkeit** auch in Zeiten der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen abhängen. Es bedürfe auch einer besseren Absicherung von privaten Pflegeleistungen. Dazu unternähme ihr Ministerium Anstrengungen zum weiteren Ausbau und zur Qualitätssicherung der öffentlichen Kinderbetreuung in Kitas und Schulen. Dies solle zu einer **Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit** von Frauen führen.

Auch die Verringerung des Gender Pay Gaps hätte Auswirkungen auf den Gender Pension Gap. Und hilfreich wären **Familienfreundliche Arbeitsbedingungen**; viele Unternehmen würden versuchen, hier neue Wege zu gehen, vgl. z.B. das Unternehmensnetzwerk "Erfolgsfaktor Familie". Eine wichtige Rolle würden auch die steuerlichen Rahmenbedingungen spielen. In dieser Legislaturperiode würde es zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten, lang geforderten **Reform der Lohnsteuerklassen III und V** hin zum Faktorverfahren der Steuerklasse IV kommen. Eine Reform des Ehegattensplittings, das sie persönlich für wichtig halten würde, sei im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen.

Die weitere Diskussion zwischen der Ministerin, den Referentinnen und den Teilnehmer:innen fokussierte Erfordernisse und Probleme in der Veränderung der Rahmenbedingungen. Dazu zählten u.a.:

- Die **Attraktivität und Bezahlung von Berufen**, in denen vor allem Frauen beschäftigt sind;
- weitere **Reformen in den Bereichen Kita und Schule**, z.B. eine praxisorientierte Ausbildung und eine angemessene Bezahlung für Erzieher:innen. Wichtig wären hier aber auch mehr Übersichtlichkeit und Abstimmung. Die Ministerin wies darauf hin, dass es unterschiedliche Bestimmungen in den 16 Bundesländern gäbe, incl. Probleme der inländischen Anerkennung. Sie informierte, dass gerade heute die erste! gemeinsame Sitzung der Jugend – und der Kultusminister:innen stattfand;

- die **Verteilung von Sorgearbeit** zwischen Frauen und Männern;
- die **dramatische Situation in der Pflege** und die immensen Kosten für Pflege-Dienstleistungen;
- die Frage einer **steuerlichen Begünstigung von Wahl- Bedarfsgemeinschaften** durch Umwandlung des Ehegattensplittings. Hier sprach sich die Ministerin eher für ein Modell der Abschaffung des Ehegattensplittings, der Umsetzung der Kindergrundsicherung und der Nutzung schon bestehender steuerlicher Möglichkeiten aus;
- die Bedeutung der Gesetzlichen Rentenversicherung als einzige Säule der Altersversicherung, die auch soziale Kriterien berücksichtigt. Das jetzt **bestehende Rentenniveau** von 48% soll gesichert werden;
- die Schwierigkeit, zu grundlegenden Veränderungen in der Rentenversicherung zu kommen – Stichwort **Bürgerversicherung**. Deutschland ist nur noch eines von vier EU-Ländern, in denen es eine getrennte Versorgung von Beamt:innen und Renten-Empfänger:innen gibt.

Helga Hentschel beschloss die Podiumsdiskussion mit der Bitte, kurz zu beantworten, was jeweils als die „wichtigste Stellschraube“ zur Verringerung des Gender Pension Gaps gesehen wird.

Dr.ⁱⁿ Monika Queisser: Die privaten Entscheidungen sind wichtig für die Rentenhöhe! Eine wichtige Forderung sei, dafür zu sorgen, dass (nicht nur) Frauen besser informiert seien bezüglich der Höhe ihrer künftigen Altersversorgung, um rechtzeitig auch individuell Verbesserungen anzustreben.

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ em. Friederike Maier: Die Bedeutung der unterschiedlichen Arbeitszeiten von Männern und Frauen. Eine zuspitzende Diskussion über das System „Rente“. Für Frauen ist die weitere Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung von besonderer Wichtigkeit.

Dr.ⁱⁿ Dina Frommert: Der Schlüssel liegt in den Erwerbsbiografien und dem Stellenwert der Gesetzlichen Rentenversicherung.

Bundesministerin Lisa Paus: Die ausreichende Finanzierung der Bildung ist wichtig. Die Kompetenz der Frauen in Finanzfragen und der Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen müssten erhöht werden.

Carola v. Braun, Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative, wies in ihren Abschlussworten mit einigen Beispielen auf die Wichtigkeit und Wirksamkeit von Frauennetzwerken bei der Überwindung von Benachteiligungen von Frauen hin. Einige Forderungen allerdings – wie die der Abschaffung des Ehegattensplittings – wurden schon in der Gründungsphase der ÜPFI gestellt.

Sie dankte allen, die dazu beigetragen haben, diese spannende Tagung inhaltlich und organisatorisch umzusetzen. Dank vor allem, dass die Referentinnen die Vorträge zur Verfügung stellen; sie werden wichtige Grundlagen für die frauenpolitische Weiterarbeit in diesem Themenbereich sein.